

# EUROPA

## #WASISTJETZT

INFORMIEREN • MITREDEN • ENTSCHEIDEN



## EUropa interessiert nicht? Die EU kompliziert? Das muss nicht so sein.

Zwischen Frieden und Flüchtlingstragödien, Wohlstand und Krise, Mobilität und Jugendarbeitslosigkeit. Stürmische Zeiten in und um EUropa. Wer tut was? Wie können wir mitwirken? Was ist los in Europa? Red mit! Sag uns, was du denkst – unter: [facebook.com/wasistjetzt](https://www.facebook.com/wasistjetzt)

Dieser Folder bietet dir Hintergrundinformationen zur Wanderausstellung **EUROPA #wasistjetzt**. Er gibt einen Einblick in die Funktionsweise und die Herausforderungen der Europäischen Union.

### EUROPA #wasistjetzt

Nähere Infos und Bestellmöglichkeit:  
E-Mail: [europa.ausstellung@oegfe.at](mailto:europa.ausstellung@oegfe.at)  
Telefon: 01-533 49 99-21.

### Projektleitung und Konzept

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE):  
[www.oegfe.at](http://www.oegfe.at) | [europa@oegfe.at](mailto:europa@oegfe.at)

### Projektleitung:

Paul Schmidt

### Konzeption:

Johanna Edthofer, Marion Obermayr, Stefan Schaller

### Kooperationspartner:

Europäische Kommission – Vertretung in Österreich  
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

### Grafische Gestaltung

Cornelia Linse und Benjamin Fillei  
[c.linse@gmx.at](mailto:c.linse@gmx.at) | [b.fillei@gmx.at](mailto:b.fillei@gmx.at)

### Frieden

Die EU hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Ihre Mitgliedsländer arbeiten zusammen für Frieden, Versöhnung, Demokratie und die Einhaltung von Menschenrechten in Europa.



### Krieg und Vertreibung

Viele Menschen suchen in Europa Zuflucht, weil in ihrer Heimat Krieg herrscht. Dabei riskieren sie nicht selten ihr Leben.



# EUROPA

## #WASISTJETZT

### Mobilität

Mit dem Austauschprogramm Erasmus + kannst du in anderen europäischen Ländern Erfahrungen sammeln.



### Jugendarbeitslosigkeit

Viele Jugendliche in der EU sind verzweifelt auf Jobsuche. Sie sind oft dazu gezwungen auszuwandern, um woanders in Europa eine Arbeit zu finden.



# WER KRIEGT WAS GEREGLT?



# EUROPA IST SOOO KOMPLIZIERT!?

Die europäische Gesetzgebung hat heute Auswirkungen auf viele Lebensbereiche der BürgerInnen. Viele aktuelle Probleme lassen sich nur auf europäischer oder internationaler Ebene lösen.

## Was ist Recht, wer hat Recht?

### Rechtsvorschriften:

Die Europäische Kommission schlägt eine Rechtsvorschrift vor. Das Europäische Parlament und der Rat der EU entscheiden dann gemeinsam. Rechtsvorschriften heißen in der EU nicht Gesetze, sondern meist Verordnung oder Richtlinie. Sie gelten entweder gleich direkt (Verordnung) oder müssen in den Mitgliedstaaten noch umgesetzt werden (Richtlinie). Die Richtlinie definiert gemeinsame Ziele und den Gesetzgebungsspielraum bei der Umsetzung in nationale Gesetze. Die gemeinsamen Regeln dürfen also angepasst werden und auf nationale Besonderheiten wird Rücksicht genommen.

### Beispiel:

Unionsbürgerschafts-Richtlinie: Jeder UnionsbürgerIn muss seinen/ihren Wohnsitz anmelden – jeweils nach den Vorschriften des Landes, in das er/sie gezogen ist.

In jedem Fall müssen gemeinsame EU-Rechtsvorschriften und die nationalen Gesetze aller Mitgliedstaaten zusammenpassen, daher hat EU-Recht Vorrang. Das funktioniert wie Zahnräder, die ineinandergreifen, sonst bleibt die Maschine irgendwo stehen.

### Was passiert, wenn eine nationale Regelung etwas verbietet, was eine EU-Rechtsvorschrift erlaubt?

Die EU-Kommission achtet darauf, dass alle Regeln eingehalten werden. Wenn sich EU-Länder nicht daran halten, fragt die Kommission nach und kann sie auch vor den Europäischen Gerichtshof bringen. BürgerInnen, Firmen und Staaten können ebenfalls vor Gericht klagen.

**INTERESSENSVERTRETUNG und LOBBYING** sind Teil der Demokratie, aber nicht dasselbe: Interessensvertretung ist gesetzlich vorgesehen und hat gesamtwirtschaftliche und soziale Ziele (in Österreich vertreten zum Beispiel die Sozialpartner große Teile der Gesellschaft). Mit professionellem Lobbying für Firmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Verbände,... werden unterschiedliche Ziele verfolgt: von sozialen bis rein gewinnorientierten. Wichtig ist, dass diese Ziele erkennbar und legal sind und alle Zugang zum Gesetzgebungsprozess haben. Dafür haben EU-Parlament und EU-Kommission ein freiwilliges Transparenz-Register eingeführt, wo zum Beispiel Abgeordnete nachsehen können, welche Interessen hinter den LobbyistInnen stehen. Die Kommission plant nun ein umfassenderes, verbindliches Register. [ec.europa.eu/transparencyregister](http://ec.europa.eu/transparencyregister)



### Initiativrecht – was ist das?

Wer es hat, darf neue Rechtsvorschlüsse entwerfen. In der EU hat es fast immer die EU-Kommission alleine. Rat der EU und EU-Parlament können sie aber aufordern, einen Vorschlag vorzulegen. Die BürgerInnen können dies auch – mit einer Europäischen Bürgerinitiative.

### Lesungen:

Das sind bis zu drei Durchgänge, in denen Rat der EU und EU-Parlament einen Vorschlag für eine neue Rechtsvorschrift diskutieren und darüber abstimmen. Im Parlament sehen sich zuerst kleinere Gruppen von Abgeordneten – die Ausschüsse – den Gesetzgebungsvorschlag an, im Rat gibt es dafür Arbeitsgruppen.

### Europäisches Parlament:

Wichtiger als das Herkunftsland ist bei den Abgeordneten ihre politische Familie und wofür sie eintreten. Je nach ihrer politischen Überzeugung schließen sie sich im EU-Parlament zu sogenannten Fraktionen zusammen. Sie stimmen über fast alle Rechtsvorschriften gleichberechtigt mit dem Rat der EU ab.

### Gelbe Karte:

Wenn genügend nationale Parlamente keine neue Regelung auf EU-Ebene für nötig halten, können sie eine Überprüfung verlangen. So kann festgestellt werden, ob wirklich neue Regelungen auf gemeinsamer Ebene gebraucht werden.

### Prinzip der Subsidiarität:

Die europäische Ebene regelt nur das, was nicht von den Gemeinden, Bundesländern oder Mitgliedstaaten besser geregelt werden kann.

*Vorlesestunde??*

### EU in Österreich:

#### Europäische Kommission und Europäisches Parlament:

haben Vertretungen in allen Mitgliedstaaten. Beide teilen sich das EU-Haus in Wien. Zusätzlich gibt es Europe-Direct-Informationsstellen in den Bundesländern.

**Außenministerium:** koordiniert die österreichischen Positionen, die in den Ministerien erarbeitet werden. Diese dienen dann als Grundlage für die Beratungen im Rat der EU.

#### Bundeskanzleramt:

Die Staats- und Regierungschefs treffen sich mindestens vier Mal im Jahr im Europäischen Rat. Sie geben die Richtung vor.

**Die Oesterreichische Nationalbank** vertritt unser Land, wenn es um den Euro und die Geldpolitik geht. Sie arbeitet eng mit der Europäischen Zentralbank zusammen.

# DARF ICH AUCH WAS SAGEN?

## Wahlen zum Europäischen Parlament:

- Das EU-Parlament ist die einzige EU-Institution, deren Mitglieder direkt von den europäischen BürgerInnen gewählt werden.
- In Österreich wird ab 16 gewählt! DU bestimmst durch deine Stimmabgabe mit, welche Parteien im EU-Parlament vertreten sind.

## Hat das Europäische Parlament in der EU denn auch was zu sagen?

- Das EU-Parlament hat sich schrittweise mehr Macht und Mitbestimmung erkämpft. Wichtiger Meilenstein = Vertrag von Lissabon (seit 1. Dezember 2009 in Kraft)
- Das EU-Parlament entscheidet heute in fast allen Bereichen mit.



Die insgesamt 751 Abgeordneten des Europäischen Parlaments vertreten über 500 Millionen Menschen. Österreich hat 18 Europaabgeordnete. Sie schließen sich mit gleichgesinnten Abgeordneten aus anderen Mitgliedsländern im EU-Parlament in Fraktionen zusammen. Manche von ihnen bleiben aber auch fraktionslos. Das EU-Parlament tagt öffentlich in Straßburg und Brüssel.

## Und was kann es alles machen?



### Budget:

Wie viel darf die EU wofür ausgeben? Das EU-Parlament bestimmt gemeinsam mit dem Rat der EU das Budget und somit die Schwerpunkte der EU-Politik.



### Gesetzgebung:

Die Europäische Kommission schlägt eine Verordnung oder Richtlinie vor. Das EU-Parlament und der Rat der EU entscheiden dann gemeinsam über den Gesetzesvorschlag.



### Demokratische Kontrolle:

Das EU-Parlament kontrolliert die EU-Kommission. Es wählt den/die KommissionspräsidentIn, stimmt den neuen KommissarInnen sowie der gesamten Kommission zu und kann diese auch wieder absetzen.

## Weitere Möglichkeiten, wie du die Politik der EU beeinflussen kannst:

Der Rat der EU (= FachministerInnen der Mitgliedstaaten) und der Europäische Rat (= Staats- und Regierungschefs) spielen eine zentrale Rolle in der EU. Das bedeutet, dass die österreichische Bundesregierung EU-Gesetze mitbeschließt oder ablehnt und die politische Richtung der EU mitbestimmt. Auch hier gilt: Du bist gefragt, denn Wählen ist ab 16 möglich! Durch deine Stimmabgabe bei den österreichischen Nationalratswahlen bestimmst du also auch mit, wer Österreich im Rat der EU und im Europäischen Rat vertritt.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative gibt es ein Instrument, mit dem eine Million UnionsbürgerInnen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten die Europäische Kommission dazu auffordern können, aktiv zu werden. Die Initiative muss ein Thema betreffen, für das die EU-Kommission zuständig ist. Die Kommission muss innerhalb von drei Monaten zur Bürgerinitiative Stellung nehmen und entscheiden, ob ein entsprechender Rechtsakt vorgeschlagen wird. Lust, mitzubestimmen? Schau doch mal, welche Initiativen gerade zur Unterschrift aufliegen!

[ec.europa.eu/citizens-initiative/](http://ec.europa.eu/citizens-initiative/)

Die Europäische Kommission bietet Zugang zu einer Vielzahl von öffentlichen Konsultationen. Du kannst dich aktiv an der Gestaltung der EU-Politik beteiligen und zu geplanten Gesetzesvorhaben Stellung nehmen:

[ec.europa.eu/yourvoice/](http://ec.europa.eu/yourvoice/)



## Zivilgesellschaftliches Engagement

Die Gesetzgebung der EU kann auch durch den Druck der Bevölkerung beeinflusst werden. So haben zum Beispiel Massenproteste in ganz Europa und eine Petition von über zwei Millionen BürgerInnen zur Ablehnung des umstrittenen Anti-Piraterie-Abkommens ACTA durch das Europäische Parlament geführt. Die Menschen machten sich Sorgen um Datenschutz und die Freiheit im Internet. Es zahlt sich aus, sich für die Einhaltung seiner Grundrechte einzusetzen!

# UNIONSBÜRGERSCHAFT!? ALLES, WAS RECHT IST!

Die Unionsbürgerschaft garantiert allen BürgerInnen der EU eine Reihe von Rechten. Sie ergänzt deine nationale Staatsangehörigkeit, ohne diese zu ersetzen.

## Als UnionsbürgerIn hast du folgende Rechte:



### BürgerInnenrechte

- Du darfst an den Wahlen zum Europäischen Parlament und an Wahlen in der Gemeinde deines Wohnsitzes teilnehmen (unabhängig von deiner Staatsangehörigkeit).
- Mit der Europäischen Bürgerinitiative kannst du die Europäische Kommission auffordern, ein Gesetz vorzuschlagen.
- Du kannst dich beim Europäischen Bürgerbeauftragten über Missstände in der EU-Verwaltung beschweren. 2012 wurden insgesamt 2442 Beschwerden registriert, für 740 davon war der Bürgerbeauftragte auch zuständig.
- Wenn du dich in deinen BürgerInnenrechten verletzt fühlst, kannst du dich auch an den Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments wenden.
- Du kannst in die Dokumente der EU Einsicht nehmen.
- Du hast das Recht, in einer der 24 Amtssprachen mit der EU zu kommunizieren.
- Wenn du dich in einem Land befindest, in dem es keine österreichische Vertretung gibt, kannst du dich als EU-BürgerIn jederzeit an die Botschaft oder das Konsulat jedes anderen dort vertretenen EU-Mitgliedslandes wenden. Das ist sehr hilfreich, wenn du zum Beispiel deinen Reisepass verlierst oder im Ausland in eine Notlage gerätst.



### Grundrechte

Deine Grundrechte sind in der Grundrechtecharta verankert. Sie ist 2010 in Kraft getreten. Zu den Grundrechten zählen:

- Das Recht auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte.
- Das Recht, nicht diskriminiert zu werden. Diskriminierungen aufgrund von Staatsbürgerschaft, Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung sind in der EU verboten!

Die Grundrechte-agentur der EU hat ihren Sitz in Wien. Sie wurde 2007 gegründet und berät Mitgliedstaaten und EU-Institutionen in Menschenrechtsfragen.

Hier findest du weitere praktische Infos zu deinen Rechten in der EU und Tipps, wohin Du Dich bei Problemen wenden kannst.

[europa.eu/youreurope/citizens/](http://europa.eu/youreurope/citizens/)



### Rechte im Binnenmarkt

4 Grundfreiheiten im Binnenmarkt

- Freier Personenverkehr
- Freier Warenverkehr
- Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit
- Freier Kapital- und Zahlungsverkehr

Über 13 Millionen UnionsbürgerInnen haben ihren Wohnsitz in einem anderen EU-Land, über 500.000 davon leben in Österreich.

*Soll das heißen, dass alle aus der EU bei uns arbeiten können?*



Willst du mehr über deine Rechte im Binnenmarkt wissen? Schau doch mal weiter hinten im Folder nach.

# ZAHLEN BITTE!

Österreich zahlt – wie alle Mitglieds-länder – einen Beitrag für das EU-Budget.

## Wieso braucht die EU ein Budget?

Die EU hat verschiedenste Aufgaben-bereiche, für die sie von den Mitglied-staaten finanzielle Mittel bekommt.

Das EU-Budget ist kleiner als in den letzten Jahren.

- Weniger Ausgaben für: Landwirtschaft & Entwicklung von ländlichen Gebieten
- Mehr Ausgaben für: Forschung, Bildung, Infrastruktur

*Kleines EU-Budget?  
Gut oder schlecht?*

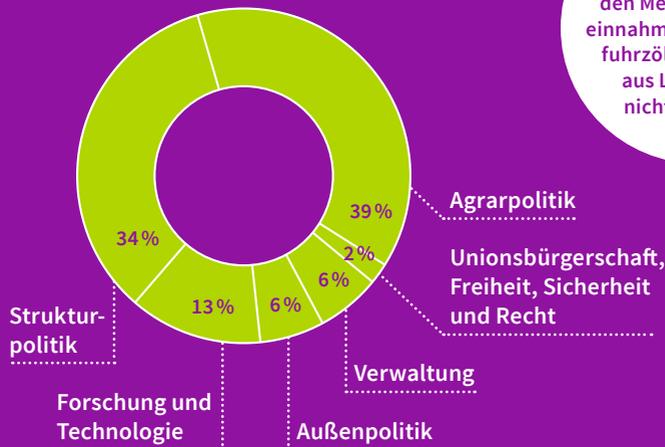
Österreichische  
Budgetausgaben  
2013:  
75 Mrd. Euro

Für die Jahre  
2014 bis 2020 hat die  
EU rund 960 Milliarden  
Euro zur Verfügung  
– das sind pro Jahr  
ca. 137 Milliarden  
Euro.

Das  
entspricht  
ungefähr 1%  
der Wirtschafts-  
leistung der 28  
EU-Mitglieds-  
länder.

Die EU  
darf keine  
Schulden  
machen.

Das Geld  
kommt von den  
Mitgliedstaaten, von  
den Mehrwertsteuer-  
einnahmen und von Ein-  
fuhrzöllen auf Waren  
aus Ländern, die  
nicht Teil der EU  
sind...



## Ein ordentlicher Mitgliedsbeitrag, den wir da zahlen...

Österreich ist – als eines der reichsten Länder in der EU – ein „Nettozahler“: wir zahlen mehr ins EU-Budget ein, als wir wieder zurückbekommen. Andere, wirtschaftlich schwächere Länder, bekommen dafür mehr aus dem EU-Budget, als sie einzahlen. Das soll ihren Aufholprozess beschleunigen.

## Und – bringt uns das auch was? Wer ist mit uns solidarisch?

- Neue Absatzmärkte: Auch österreichische Unternehmen profitieren davon, wenn die Kaufkraft und das wirtschaftliche Niveau in anderen Ländern ansteigen.
- Durch die EU-Regionalförderung kommen viele Gelder wieder nach Österreich zurück. Paradebeispiel ist das Burgenland: Durch EU-Förderungen konnten bisher mehr als vier Milliarden Euro an Investitionen getätigt werden. Auch die Bereiche Forschung und Landwirtschaft profitierten stark.
- EU-Hilfen gibt es etwa auch für Hochwasseropfer und Menschen, die ihren Job verloren haben... Auch viele kleinere Projekte – nicht zuletzt auch für Jugendliche – werden mit EU-Mitteln gefördert. Gerade jungen Menschen bieten EU-Bildungsprogramme viele Möglichkeiten.

*Ich hab da noch  
nie was gesehen...*

Österreich-  
Karte mit  
EU-geförderten  
Projekten:

[ec.europa.eu/austria/map/map\\_de.htm](http://ec.europa.eu/austria/map/map_de.htm)



# WARUM TUT DIE EU DA NIX?

Kompetenzen haben heißt... für etwas zuständig sein. Die EU darf nicht in jedem Bereich tätig werden, sondern nur dort, wo ihr die Mitgliedstaaten in den EU-Verträgen Aufgaben übertragen haben. Die Zuständigkeiten sind unterschiedlich aufgeteilt:

## Kompetenz der EU:

In einigen wenigen Bereichen darf nur die EU Rechtsakte erlassen – das sind zum Beispiel die Zollunion, die Handelspolitik, die Wettbewerbspolitik und die Währungspolitik für die Euro-Staaten. In diesen Bereichen hat die EU also „ausschließliche Kompetenzen“.

## Geteilte Kompetenz:

In vielen Bereichen kann die EU tätig werden, wenn bestimmte Ziele auf europäischer Ebene gemeinsam besser erreicht werden können, als durch die Mitgliedstaaten, Bundesländer und Gemeinden (Prinzip der Subsidiarität). Wenn das nicht der Fall ist, bleiben die Mitgliedstaaten selbst zuständig. Beispiele dafür sind: Binnenmarkt, Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Verkehr.

## Ergänzende Kompetenz:

Die Mitgliedstaaten regeln selbst. Die EU handelt nur ergänzend oder koordinierend, so zum Beispiel bei der Bildung, beim Gesundheitsschutz oder bei Kultur und Industrie. Die EU kann also Maßnahmen der Mitgliedstaaten etwa mit Geld aus den gemeinsamen Töpfen oder durch Informationsaustausch unterstützen.

Beispiel: Die Europäische Kommission kontrolliert den Wettbewerb zwischen Unternehmen in Europa. Sie müssen sich an EU-Regeln halten, damit zum Beispiel ein großer Internet-Konzern, der fast alleine den Markt beherrscht, dies nicht ausnützt und viel zu hohe Preise verlangt. Die Unternehmen dürfen sich auch nicht heimlich die Preise ausmachen, um andere KonkurrentInnen zu verdrängen.

Beispiel: Gemeinsame Ziele und Vorschriften zum Energiesparen, aber eigener nationaler Energiemix: keine Atomkraft in Österreich! Gemeinsame Kennzeichnungsregeln für Bio-Lebensmittel; aber: strengere Vorschriften in einzelnen Ländern sind möglich.

Beispiel: Nationale Bildungspolitik. Jedes Land kann selbst regeln, ob für den Zugang zu einem Studium ein bestimmter Notendurchschnitt bei der Matura oder eine Aufnahmeprüfung nötig ist und ob man Studienbeiträge zahlen muss. Trotzdem fördert die EU Projekte, die allen Studierenden dabei helfen, ein oder zwei Semester in einem anderen Mitgliedstaat zu studieren.

*Wer hat denn jetzt wirklich das Sagen?*

# WARUM MISCHT SICH DIE EU DA EIN?

## Mehr oder weniger Europa?

Für fast alle Politikbereiche gilt: Sie werden gemeinsam entwickelt. Auch Österreich gestaltet sie im Rat der EU mit. In manchen Bereichen ist die Zusammenarbeit eng, bei manchen eher lose. Durch die Krise ist klar geworden, dass sich die Mitgliedstaaten wirtschaftspolitisch besser abstimmen müssen.

Auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik stimmen sich die Mitgliedstaaten immer enger ab. Wenn alle zusammen mit einer Stimme sprechen, haben wir mehr Einfluss in der Welt.

Wie viel Europa brauchen wir? Dazu gibt es natürlich unterschiedliche Meinungen und Diskussionsbedarf. Viele sprechen sich zum Beispiel dafür aus, dass Bereiche wie Wasserversorgung, Krankenversicherung und die Ausgestaltung des Bildungssystems weiterhin von den Mitgliedstaaten geregelt werden sollten. Soll die EU mehr Kompetenzen erhalten, so müssen dafür mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten die EU-Verträge geändert werden.

## Prinzip der Subsidiarität:

Die europäische Ebene regelt nur das, was nicht von den Gemeinden, Bundesländern oder Mitgliedstaaten besser geregelt werden kann.



Mehr zur Außenpolitik unter: Die EU spielt WELTweit mit.

Und sieh mal nach, wie Rechtsvorschriften entstehen und wer da mitredet.

*Brauchen wir unbedingt die EU für jede Kleinigkeit?*

# ICH BIN DANN MAL KURZ AM BINNENMARKT...

Der EU-Binnenmarkt ist ein Gebiet ohne Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. In der EU wachsen also unsere nationalen Märkte zu einem gemeinsamen Markt zusammen – für mehr als 500 Millionen EU-BürgerInnen.

Dafür sind gemeinsame Regeln und Standards notwendig. Die Gesetze und Vorschriften der Mitgliedsländer werden sich ähnlicher und müssen zusammenpassen.

## Muss jetzt alles gleich werden?

Nein, oft reichen gemeinsame Mindeststandards. (Jedes Land darf selbst auch weiter gehen.) Und gegenseitige Anerkennung – zum Beispiel von Zeugnissen.

## Und was haben mein Handy, mein Schnitzel oder mein Fernseher mit der EU zu tun?

**Handy:**  
Es gibt gemeinsame Grenzwerte für die Strahlenbelastung, sonst darf es gar nicht bei uns verkauft werden. Die Roaming-Gebühren sinken, und wenn dein Handy nach einem Jahr kaputt geht, ohne dass es deine Schuld ist, kriegst du ein neues – wegen längerer Gewährleistungsfristen durch EU-Regeln.

**Schnitzel:**  
Kein Hormonfleisch in der EU durch gemeinsame Vorschriften für Konsumentenschutz, Sicherheit und Gesundheit. Alle Lebensmittel müssen gekennzeichnet sein, so kann man sehen, was drin ist und woher es kommt.

**Fernseher:**  
Moderne Fernseher brauchen weniger Strom und müssen richtig entsorgt werden – dafür sorgen EU-Vorschriften für die Umwelt.



*Und warum werden Tiere durch die ganze EU gefahren? Hauptsache billig, oder?!*

Im Binnenmarkt soll GLEICHES auch GLEICH behandelt werden – egal, aus welchem EU-Land es kommt. Ohne doppelte Steuern, Zölle oder doppelte Prüfungen lebt, arbeitet und handelt es sich leichter. Für KonsumentInnen gibt's ein größeres und hochwertigeres Angebot, denn es gelten Sicherheits- und Qualitätsstandards.

Zu viele Vorschriften? Gentechnik?  
Mehr Verkehr?  
Was kannst du tun?

## DIGITALER BINNENMARKT?

Die vier Freiheiten online: Kaufen und verkaufen übers Internet, Hindernisse und Vorschriftenchunzel abbauen, Behördenwege online, Fernstudium, Datenschutz, Roaming, Sicherheit beim elektronischen Zahlen... Der Binnenmarkt soll auch im Netz funktionieren – egal, auf welchem Gerät.

## Was hat ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT vom Binnenmarkt?

Mehr Handel mit anderen EU-Ländern bewirkt mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Österreich ist besonders im Export stark – jeder zweite Arbeitsplatz fällt in diesen Bereich und sechs von zehn Euro werden durch den Export verdient.

Exporte in andere EU-Mitgliedsländer:  
1995: 33 Mrd. €  
2012: 85 Mrd. €

**EUROZONE:**  
Keine Wechselgebühren beim Einkaufen innerhalb des Euro-Raums. Mehr dazu beim Thema Euro.



Mehr zu den 4 Freiheiten findest du unter Unionsbürgerschaft!

## Europas gemeinsame Währung

Der Euro wurde am 1. Jänner 2002 als offizielles Bargeld eingeführt. Die Idee war, den gemeinsamen Markt durch eine gemeinsame Währung zu ergänzen. Man kann nun in der gesamten Eurozone einkaufen, ohne Geld wechseln zu müssen. Auch die Unternehmen können ihre grenzüberschreitenden Geschäfte leichter abwickeln.

Der Euro gehört zu den drei wichtigsten Währungen der Welt. Er verbessert die Konkurrenzfähigkeit der EU gegenüber anderen großen Wirtschafts-räumen, etwa den USA und Asien.

## Wer gehört zur Eurozone?

Ab 2015 zahlt man in 19 EU-Staaten mit dem Euro. Um den Euro einführen zu können, muss ein Land die sogenannten Konvergenzkriterien („Maastricht-Kriterien“) erfüllen:

- Preisstabilität: niedrige Inflation
- Stabile Staatsfinanzen: geringe öffentliche Gesamtschulden und geringe jährliche Neuverschuldung
- Langfristige Zinssätze
- Stabile Wechselkurse zu den anderen europäischen Währungen

Alle ab 2004 der EU beigetretenen Länder sind dazu verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die Konvergenzkriterien erfüllt haben.

Dänemark und Großbritannien sind durch eine Ausnahmeregelung nicht zur Einfuhung des Euro verpflichtet!

## Wie stabil ist der Euro und wer sorgt dafür?

- Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts koordiniert die EU-Kommission die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Wahrungunion. Der Pakt verpflichtet insbesondere die Länder der Eurozone, auch nach der Einfuhung des Euro für stabile Staatshaushalte zu sorgen und die Staatsverschuldung gering zu halten.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) ist für die Geldpolitik in der Eurozone verantwortlich. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Kaufkraft des Euro und somit stabile Preise in der Eurozone zu gewährleisten. Ein weiteres Ziel ist die Unterstützung der Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsländer. Gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken der Euro-Länder bildet sie das Eurosystem.
- Die Oesterreichische Nationalbank bestimmt mit, wie die Geldpolitik in der Eurozone gestaltet wird.

## Was bringt mir der Euro? Wurde dadurch nicht alles teurer?

Manche Konsumgüter und Dienstleistungen wurden tatsächlich teurer. Dafür gibt es aber vielfältige Gründe. Man darf auch die Preisentwicklungen auf den internationalen (Rohstoff-)Märkten (Rohöl, Getreide, Kaffee,...) nicht außer Acht lassen. Verteuert haben sich zum Beispiel Kraftstoffe, Heizöl, Uhren/Schmuck, Tabakwaren, einige Lebensmittel wie etwa Getreide- und Milchprodukte und bestimmte Dienstleistungen (Restaurant, Frisör). Da diese Produkte oft gekauft bzw. besagte Dienstleistungen häufig in Anspruch genommen werden, wird ihre Verteuerung besonders stark wahrgenommen.

Andere Produkte wiederum sind aufgrund des stärkeren Wettbewerbs und der größeren Absatzmärkte billiger geworden. Dabei handelt es sich etwa um Handy und Internet, Telefondienstleistungen, Fotoapparate und optische Geräte, Haushaltsgeräte, Bücher oder Autos.



# WEG MIT DER KRISE!

## Krise...und was jetzt?

Die EU sieht sich seit 2008 mit den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Mit der Wirtschaft geht es bereits wieder bergauf, aber die sozialen und politischen Folgen sind bis heute spürbar. Die „Eurokrise“ hat viele Gesichter: sie ist gleichzeitig eine Finanz- und Wirtschaftskrise, eine Bankenkrise und eine Staatsschuldenkrise mit teilweise katastrophalen Auswirkungen auf die Bevölkerung!

- Europaweiter Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Sparmaßnahmen treffen die Bevölkerung: Einsparungen im Gesundheitsbereich führen zur Schließung von Kliniken in Griechenland; zahlreiche Zwangsräumungen von Wohnungen in Spanien.
- Die europäischen BürgerInnen verlieren das Vertrauen in die Politik. Die soziale und politische Krise stellt die EU vor eine Zerreißprobe.

Auch in Österreich unterstützte der Staat die angeschlagenen Banken mit finanziellen Mitteln.

## Was sind die Ursachen der Krise?

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie es zur Krise gekommen ist.

- Deregulierte Finanzmärkte und riskante Spekulationen?
- Folge der globalen Finanzkrise 2008 und der teuren Bankenrettungen?
- Wirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum?
- Hohe Staatsschulden und zu geringe Haushaltsdisziplin?

Oder ein Mix aus mehreren Ursachen? Was glaubst du?

*Warum sollen wir eigentlich Banken retten?*

## Und was tut die EU?

Über die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Krise gab es in der EU hitzige Debatten. Es wurden Maßnahmen in den folgenden Bereichen gesetzt, um die Krise in den Griff zu kriegen:

### Finanzielle Unterstützung für die besonders stark von der Krise betroffenen EU-Länder

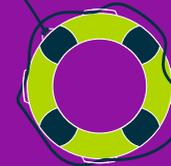
- Euro-Rettungsschirm:
  - Bis Juli 2013: Europäische Finanzstabilisierungs-Fazilität (EFSF)
  - Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Es wurden Hilfspakete für die besonders stark von der Krise betroffenen Länder geschnürt. Der Zugang zu Finanzhilfen in Form von Krediten ist an die Umsetzung von Reformen gekoppelt.
- Haircut/Schuldenschnitt: Griechenland wurde ein Teil seiner Schulden erlassen.
- **Strengere Kontrolle der Verschuldung**
  - Six-Pack, Two-Pack: Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
  - Europäisches Semester: Mitgliedstaaten stimmen ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik enger aufeinander ab.
  - EU-Fiskalpakt: Verschärfung der Haushaltsregeln für die teilnehmenden EU-Unterzeichnerstaaten; Einführung nationaler Schuldenbremsen; Sanktionen, wenn ein Staat durch zu hohe Schulden gegen den EU-Fiskalpakt verstößt.

### Bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik

- Europa 2020: Wachstumsstrategie der EU bis 2020
- Pakt für mehr Wachstum und Beschäftigung
- Euro-Plus-Pakt: wirtschaftspolitische Koordinierung; Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit

### Regulierter Finanzmarkt

- Angestrebt wird eine Finanztransaktionssteuer: Besteuerung des Finanzsektors (z. B. Handel mit Aktien)
- Europäische Bankenunion: einheitliche Bankenaufsicht; einheitliche Abwicklung, wenn Banken in Schwierigkeiten geraten; einheitlicher Schutz von Bankguthaben; einheitliches Regelwerk, das für alle Banken der EU gilt.



# ZEITBOMBE JUGEND-ARBEITSLOSIGKEIT

Und was geht uns das an?

## Jugendliche in der Krise

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in der gesamten EU angestiegen. Vor allem in den südlichen EU-Ländern gibt es zu wenig Jobs für Jugendliche. In Griechenland und Spanien etwa stieg die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) mit Ausbruch der Krise auf über 50 Prozent an. Sehr viele junge Menschen können sich keine eigene Wohnung leisten und leben daher wieder bei ihren Eltern.

Warum konnte es so weit kommen und wie hat sich die Krise auf unseren Arbeitsmarkt ausgewirkt?

## Europäische Jugendgarantie

Zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit hat die EU eine Jugendgarantie beschlossen. Sie soll jedem/r Jugendlichen bis 25 eine hochwertige Ausbildung, einen Job oder ein Praktikum garantieren. Außerdem ist vorgesehen, dass die Europäische Investitionsbank Unternehmen, die junge Leute einstellen, mit Krediten aushilft.

## Wer soll das alles zahlen?

6 Milliarden Euro stellt die EU zusätzlich für Länder mit besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung.

## Und wie sieht die Situation in Österreich aus?

Auch in Österreich gibt es von der EU unterstützte Projekte zur besseren Vermittlung von Jugendlichen am Arbeitsmarkt. Sie werden mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Eines davon ist zum Beispiel spacelab. Es bietet Bildungs- und Berufsberatung für Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren an: [www.spacelab.cc/](http://www.spacelab.cc/)

## Wer ist in der EU eigentlich für Beschäftigung zuständig?

Für die Beschäftigungspolitik sind die Mitgliedstaaten zuständig. Die EU unterstützt sie in ihren Bemühungen, Beschäftigung zu fördern.



## Widerstand – wir lassen uns das nicht gefallen!

Vor allem Jugendliche nehmen die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die daraufhin gesetzten Sparmaßnahmen nicht einfach so hin.

In Europa und den USA entstehen Protestbewegungen:

- Proteste richten sich gegen hohe Jugendarbeitslosigkeit, Sparmaßnahmen, deregulierte Finanzmärkte, riskante Spekulationen von Banken.
- Vernetzung und Organisierung über social media (twitter und facebook)
- Jugendliche demonstrieren gegen Internetszensur.



# WIR HABEN NICHTS VON EUROPA... ODER!?

## SCHULE:

Du kannst mit der ganzen Klasse bis zu zwei Monate lang eine Partnerschule besuchen. Falls du schon 14 bist, kannst du auch alleine für zwei bis zwölf Monate im europäischen Ausland zur Schule gehen und bei einer Gastfamilie wohnen. Go for it!

[www.bildung.erasmusplus.at/schulbildung/](http://www.bildung.erasmusplus.at/schulbildung/)

**ERASMUS+** ist das EU-Programm für die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Es ist am 1. Jänner 2014 in Kraft getreten und bietet jungen Menschen die Möglichkeit, in einem anderen europäischen Land zu lernen, zu studieren, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen: [www.bildung.erasmusplus.at](http://www.bildung.erasmusplus.at)

## UNI:

Du erhältst finanzielle Unterstützung, um ein Semester bzw. ein Jahr lang an einer anderen Uni in Europa zu studieren oder ein Auslandspraktikum zu machen. Ein idealer Weg, um deinen Horizont zu erweitern und eine andere Kultur kennenzulernen. Erkundige dich schon jetzt, wie das funktioniert:

[www.bildung.erasmusplus.at/hochschulbildung/](http://www.bildung.erasmusplus.at/hochschulbildung/)

## BERUF:

SchülerInnen der beruflichen Bildung und Lehrlinge können ein gefördertes Auslandspraktikum in einem Unternehmen oder einer Ausbildungseinrichtung absolvieren. Das Praktikum kann zwischen zwei Wochen und zwölf Monaten dauern. Mach dich schlau, in ganz Europa werden gute Fachkräfte gesucht!

[www.bildung.erasmusplus.at/berufsbildung/](http://www.bildung.erasmusplus.at/berufsbildung/)



## JUGEND IN AKTION:

Willst du gemeinsam mit Jugendlichen aus einem anderen EU-Land ein Projekt auf die Beine stellen? Oder interessierst du dich dafür, bis zu ein Jahr lang ins Ausland zu gehen und dich in einem gemeinnützigen Projekt zu engagieren? Informiere dich!

[www.jugendinaktion.at](http://www.jugendinaktion.at)



## JOBS & FORTBILDUNGEN:

Du suchst einen Job in der EU oder möchtest dich anderweitig fortbilden? Die folgenden Jobportale können dir dabei helfen: EURES – Zentrale Stelle für die Jobsuche in Europa: [ec.europa.eu/eures/](http://ec.europa.eu/eures/) PLOTEUS – Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der EU: [ec.europa.eu/ploteus/](http://ec.europa.eu/ploteus/)

[europa.eu/about-eu/working-eu-institutions/traineeships/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/working-eu-institutions/traineeships/index_de.htm)

## PRAKTIKA BEI DER EU:

Hast du Lust, nach deinem Studium direkt bei den EU-Institutionen ein Praktikum zu machen und die Arbeitsweise der EU hautnah zu erleben? Mehr dazu findest du hier:

# EUROPA: DRINNEN UND DRAUSSEN

## Schengener Abkommen Bewegungsfreiheit im Inneren Sicherheit nach außen

- 26 Länder
  - mit Norwegen, Schweiz, Island, Liechtenstein
  - ohne Großbritannien und Irland
  - noch nicht in Anwendung in: Rumänien, Bulgarien, Zypern, Kroatien
- Keine regelmäßigen Passkontrollen mehr an den Innengrenzen
- Gemeinsame Regeln für die Kontrollen an den Außengrenzen
- Gemeinsame Visa-Politik
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz
  - Europäischer Haftbefehl | Schengen-Informationssystem: EU-weite Fahndungsdaten | Prümmer Vertrag: Elektronischer Abgleich von DNA-Datenbanken

Beispiel Soko Ost:  
Gemeinsame Schwerpunktaktionen Österreichs mit seinen Nachbarländern zur Aufklärung von Auto- diebstählen und zum Kampf gegen SchlepperInnen und Suchtgiftkriminalität.

Die Europäische Union ist Ziel für viele Menschen, die nicht EU-StaatsbürgerInnen sind. Die Gründe, warum sie in die EU kommen wollen, sind sehr unterschiedlich...

Im Rahmen der UNO beschlossen. Sie legt klar fest, wer ein Flüchtling ist und was seine/ihre Rechte und Pflichten sind.

### ASYL

≠

### MIGRATION

- Flucht
- Wechsel des Wohnortes aufgrund einer Gefahr für Leib und Leben
- Verfolgt im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention
- Müssen
- Wanderung
- Freiwilliger, dauerhafter Wechsel des Wohnortes
- Meist wirtschaftliche Motive und Hintergründe
- Wollen

## Asyl – Fakten & Zahlen

Lampedusa – Ceuta – Melilla ... Seit dem Jahr 2000 sind Schätzungen zufolge 23.000 Menschen beim Versuch, in die EU zu flüchten, ums Leben gekommen. Die Dunkelziffer liegt wohl weit höher... Durch von FRONTEX unterstützte Aktionen an der Außengrenze konnten 2013 um die 30.000 Menschenleben gerettet werden.

In der EU wurden im Jahr 2012 44% der weltweiten Asylanträge gestellt (USA: 7%). Krisen wie etwa der Bürgerkrieg in Syrien haben dramatische Auswirkungen.

Asylanträge EU-27 / 2012: 335 365  
Asylanträge EU-28 / 2013: 435 000

Verfolgung wegen Religion, Staatsangehörigkeit, Volksgruppe, politischer Überzeugung, sozialer Gruppe, sexueller Orientierung.

Suche nach innerer und sozialer Sicherheit, Wohlstand, Frieden, Rechtsstaatlichkeit.

## Migration – Fakten & Zahlen

Motive für Migration:  
→ Arbeitssuche  
→ Familienzusammenführung  
→ Studium/Forschung

In der EU leben rund 21 Millionen Menschen, die keine EU-StaatsbürgerInnen sind.

Europa wird immer älter. Im Jahr 2050 wird über ein Drittel der EU-BürgerInnen über 65 Jahre sein. MigrantInnen können einen Beitrag leisten, unsere Sozialsysteme auch in Zukunft zu sichern.

In der EU herrscht ein Mangel an FacharbeiterInnen: Die EU-weite „Blue Card“ soll die Anwerbung hoch qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern erleichtern.

## Asyl- und Migrationspolitik in der EU

Die EU-Mitgliedstaaten haben das Sagen – die EU gibt nur einen Rahmen vor. Für die Umsetzung der Asylpolitik und die konkrete Migrationspolitik sind die Mitgliedstaaten zuständig. Die Dubliner Verordnung regelt: Das EU-Land, in das ein/e Asylsuchende/r zuerst gekommen ist, ist in der Regel für den Asylantrag zuständig. Länder mit einer langen EU-Außengrenze verlangen mehr Solidarität von der EU. Die EU hat darauf unter anderem mit der Einrichtung der Grenzschutzbehörde FRONTEX reagiert.

FRONTEX –

Schutz oder Überwachung von Flüchtlingen?

Is't das fair?

# DIE EU SPIELT WELTWEIT MIT

Wie viel Einfluss haben wir in der Welt – als Österreich und gemeinsam als EU? Klima, Energie, Umwelt, Menschenrechte, Handel, Sicherheit,... sind Themen, die weltweit von Bedeutung sind. Wie viel kann ein Land da alleine ausrichten?

## ENERGIE

Ohne Energie läuft nichts: weder unsere Heizungen noch Transport oder Produktion. Sie ist ein Schlüssel, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. In Europa sind die Energiepreise hoch – auch, weil wir viel Energie verbrauchen und das meiste davon aus dem Ausland importieren müssen. Auch Österreich bezieht viel Gas aus Russland. Europa ist also abhängig und muss seine Energiesicherheit stärken. Daher sind der Ausbau eigener Energiequellen, die Erhöhung unserer Energieeffizienz, enge Zusammenarbeit und gemeinsames Auftreten in der Welt wichtig.

## UMWELT und KLIMA

Die EU tritt weltweit als Vorreiter im Klima- und Umweltschutz auf und setzt sich selbst in diesem Bereich höhere Ziele als zum Beispiel die USA. Die gemeinsame Strategie: mehr erneuerbare Energie, Energiesparen und weniger Treibhausgas-Ausstoß. Ziel bis 2020: 20% weniger Treibhausgase verursachen als 1990.

## MITENTSCHEIDEN

Bei wichtigen internationalen Verhandlungen sitzen wir durch die EU mit am Tisch – Österreich alleine ist nicht vertreten. Als Handelspartner, zum Beispiel in der Welthandelsorganisation WTO, hat die EU eine starke Position, da sie ein

**G7 / G8:**  
keine internationale Organisation, sondern Treffen der stärksten Industrienationen zur Abstimmung in Schlüsselbereichen: Weltwirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklung, Klima. EU seit 1981 dabei.

**G20:**  
Treffen mit 20 Nationen, die zwei Drittel der Weltbevölkerung repräsentieren und 90% der Weltwirtschaftsleistung erbringen.

**UNO:**  
enge Zusammenarbeit zur Friedenssicherung, Entwicklungshilfe, Klimapolitik,... Alle EU-Länder sind einzeln vertreten und stimmberechtigt, die EU ist als einziger „Nicht-Staat“ zusätzlich in der Generalversammlung vertreten, aber ohne Stimmrecht.

[www.eu-un.europa.eu](http://www.eu-un.europa.eu)



*Werte, ja... es geht doch immer nur um wirtschaftliche Interessen.*

Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung erbringt. Europäische Werte wie Demokratie und Menschenrechte werden gemeinsam vertreten.

## WELTWEITER HANDELSPARTNER

Die EU ist der weltweit größte offene Binnenmarkt in einem demokratischen System. Sie ist außerdem Exportweltmeister bei Industriegütern und Dienstleistungen. Für europäische Unternehmen, die ihre Produkte in anderen Ländern verkaufen wollen, ist es daher wichtig, dass sich die EU für gute Handelsbedingungen einsetzt. Dazu wurden schon einige Freihandelsabkommen abgeschlossen, u. a. mit Mexiko und Südkorea. Weitere Abkommen werden gerade verhandelt. Zum Beispiel mit Vietnam

und Japan – und natürlich mit den USA („TTIP-Abkommen“)! Zusammen sind EU und USA schon jetzt für fast ein Drittel des Welthandels und beinahe die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung verantwortlich. Das TTIP soll weiteres Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze bringen. Gegner befürchten, dass europäische Umwelt- und Sozialstandards ausgehöhlt werden könnten. Daher sind effektive Verhandlungen so wichtig. Die unterschiedlichen Standpunkte sollten in den Verhandlungen berücksichtigt werden.

## ENTWICKLUNG und ZUSAMMENARBEIT

Die EU und ihre Mitgliedstaaten bringen zusammen mehr als die Hälfte der weltweiten Hilfe für ärmere Länder auf. Die Staats- und Regierungschefs haben sich im Europäischen Rat außerdem für 2015 das Ziel gesetzt, 0,7 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftsleistung (= Bruttonationaleinkommen aller EU-Länder) für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. 2013 waren es 56,5 Mrd. Euro, also mit 0,43 Prozent noch deutlich weniger. Die Unterschiede zwischen den Beiträgen der einzelnen Länder sind ebenfalls sehr groß. Österreich gab 882 Mio. Euro aus, was einer Quote von 0,28 Prozent entspricht.

Entwicklungszusammenarbeit geht weit über Nahrungsmittelpenden oder Geld hinaus und umfasst auch gemeinsame Projekte zur Einhaltung der Menschenrechte, zur Verbesserung der Situation von Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderungen, für sauberes Trinkwasser, Bildung oder digitale Einbeziehung, denn wer Mobiltelefone und Zugang zum Internet hat, kann zum Beispiel viel leichter wirtschaftlich tätig werden. Außerdem gewährt die EU vielen Ländern erleichterten Zugang zu unserem Markt und leistet auch so Unterstützung.

2015 ist übrigens in der EU das „Jahr der Entwicklungszusammenarbeit“.

## AUSSENPOLITIK / SICHERHEITS- und VERTEIDIGUNGSPOLITIK

... hängt jeweils davon ab, ob sich die Mitgliedsländer auf eine gemeinsame Position einigen können. Die AußenministerInnen treffen sich dazu regelmäßig. Die EU hilft weltweit bei Katastrophen und setzt sich für Frieden ein – zum Beispiel im Nahen Osten, gemeinsam mit anderen Staaten und den Vereinten Nationen.

Gemeinsame Friedensmissionen: Ende Juni 2014 waren es zehn zivile und fünf militärische. Zum Beispiel folgende, an denen auch ÖsterreicherInnen mitwirkten:

- EULEX im Kosovo seit 2008: Unterstützung durch ExpertInnen (RichterInnen, PolizeibeamtInnen, ...) beim Aufbau eines Rechtsstaats, insbesondere von unabhängigen Gerichten
- EUTM in Mali seit 2013: Ausbildung zur Friedenssicherung für das malische Heer
- Übersicht über alle Missionen: [www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/index\\_en.htm](http://www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/index_en.htm)

Auch neutrale Länder können freiwillig an friedensschaffenden Missionen teilnehmen.

**EAD – Europäischer Auswärtiger Dienst:**  
ist zuständig für die Außenvertretung der EU mit Delegationen in aller Welt. Ein/e Hohe/r VertreterIn für Außen- und Sicherheitspolitik leitet ihn als AnsprechpartnerIn der EU, z. B. für die/den US-AußenministerIn.

# WEITER ERWEITERN – FEHLT NOCH WER?

## EU-ERWEITERUNG

WIESO? Die Grundlagen unserer Sicherheit und unseres Wohlstands liegen nicht nur innerhalb unserer Grenzen, sondern auch vor unserer Haustür. Es ist daher in unserem Interesse, Stabilität und Wachstum auch in den angrenzenden Staaten zu fördern.

*Was haben wir davon?*

Die große EU-Erweiterung 2004 bringt Österreich jährlich ca. 0,4 Prozent mehr Wachstum. Das bedeutet jedes Jahr über 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

## ERWEITERUNGSPOLITIK

Die EU ist ein politisches und wirtschaftliches Projekt, ihre Grenzen sind nicht rein geographisch festgelegt. Für die Aufnahme in die EU gibt es strenge politische, wirtschaftliche und rechtliche Kriterien: Sie zielen auf Demokratie und Rechtsstaat, eine funktionierende Marktwirtschaft und die Übernahme des gemeinsamen Rechts. Eine weitere Frage ist die Fähigkeit der EU, neue Länder aufzunehmen. Schließlich müssen alle Mitgliedstaaten der Aufnahme eines neuen Landes zustimmen.

*Und wenn sie dann Mitglieder sind, können sie machen, was sie wollen?*

Jüngstes Mitglied KROATIEN: Beitritt am 1. Juli 2013. In absehbarer Zeit sollen alle Länder des Westbalkans folgen – jedes zu seiner Zeit und auf Basis der eigenen Fortschritte im Beitrittsprozess. Österreich war stets ein Förderer und Unterstützer der weiteren Integration der Länder des Westbalkans.

LAUFENDE BEITRITSVERHANDLUNGEN mit: Montenegro, Serbien und Türkei.

## TÜRKEI

Von einer engen Zusammenarbeit der Türkei und der EU profitieren beide. Es gibt bereits einen regen wirtschaftlichen Austausch (Zollunion!) und viele EU-BürgerInnen haben türkische Wurzeln. Die Verhandlungen mit der Türkei sind ein langer und offener Prozess. Die Dauer und das Ergebnis werden einerseits von den Reformfortschritten der Türkei abhängen, andererseits aber auch von der Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen.

## BEITRITTS-PERSPEKTIVE

Albanien und Mazedonien sind Beitrittskandidaten, Bosnien und Herzegowina und Kosovo haben die Möglichkeit, der EU beizutreten.

*Irgendwann oder was?*

## ÖSTERREICHS besondere Beziehungen zum Westbalkan:

- Über eine halbe Million Menschen mit Migrationshintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien wohnen in Österreich.
- Knapp 1000 österreichische Unternehmen haben Niederlassungen am Westbalkan.
- Gemeinsame Geschichte bis heute

## EU-NACHBARSCHAFTSPOLITIK ≠ ERWEITERUNG

Die EU schließt Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten im Osten und Süden der EU. Ziel ist es, durch enge Partnerschaft Stabilität und Wohlstand zu stärken. Es geht aber nicht um einen EU-Beitritt. Die Abkommen enthalten das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten wie Demokratie und Menschenrechte und sollen den Handel erleichtern, StudentInnenaustausch ermöglichen, usw. – je nach Land und Vereinbarung. Von Marokko bis zum Kaukasus: wer sind diese Nachbarn?

[ec.europa.eu/world/enp/partners/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index_de.htm)

# UND? WIE GEHT'S JETZT WEITER...? EU 2030...

Die EU bildet heute den weltgrößten Binnenmarkt in einem demokratischen System und ist der wichtigste Wettbewerber für die Wirtschaftsmächte USA und China. Gleichzeitig ist sie der größte Geber in der Entwicklungszusammenarbeit und versucht, Demokratie und Menschenrechte global zu stärken. Prognosen zeigen jedoch: Die EU und ihre Stellung in der Welt werden sich verändern. Im Jahr 2030 kann alles schon ganz anders aussehen...

Die EU in der Welt	2014	2030
EU-Bevölkerungsanteil	7%	4%
Anteil EU-BIP	25%	15%
EU-Exportanteil	20%	<15%
EU-Ausgabenanteil Wissenschaft und Forschung	25%	<15%
EU-Entwicklungsausgaben	60%	<40%
EU-Sozialausgabenanteil	50%	<30%
EU-Bevölkerung im Alter 65+	17%	38%
EU CO2-Emissionen	10,2%	7,8%
EU-Erwerbstätige	210 Mio.	160 Mio.
EU-Bevölkerung in Städten	65%	74%

Wie kann die EU auf diese Herausforderungen reagieren?  
 Mehr Europa → Weniger Europa → Anderes Europa?  
 In welchem Europa möchtest du leben?

**Vereinigte Staaten von Europa**

Die EU wird zu einem Staat, der aus Teilstaaten besteht. Die EU hat eine gemeinsame Verfassung, hat im Inneren keine Grenzen und eine gemeinsame Währung. Es gibt eine EU-Regierung und eine/n EU-PräsidentIn. Vieles ist vereinheitlicht – so gibt es etwa eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik oder eine EU-Armee.

**Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten**

Manche EU-Länder vertiefen ihre Zusammenarbeit weiter stark. Sie bilden das sogenannte „Kerneuropa“. Andere Länder sind noch nicht so weit (oder wollen bei manchen Schritten nicht mitmachen). Wenn sie aber bereit sind, können sie sich diesem „Kerneuropa“ anschließen.

**Loser Verbund von Nationalstaaten**

Die Länder der EU bleiben eigene Staaten, sind jedoch in der EU miteinander verbunden. Die EU sieht sich vor allem als gemeinsamer Wirtschaftsraum. Eine politische Union wird nicht angestrebt.

**Auflösung der EU**

Die Länder der EU haben sich entschlossen, wieder ihren eigenen Weg zu gehen und die EU aufzulösen. Jedes Land hat wieder seine eigene Währung und es gibt wieder Grenzkontrollen.

Oder hat die EU eine ganz andere Zukunft? Was meinst du?



# EUROPA #WASISTJETZT? DEINE FRAGE AN EUROPA

Also, was ist jetzt?

Du fragst, Europa antwortet!

Schick uns ein Foto mit deiner Frage!  
Wir werden sie so rasch wie möglich beantworten.

Du kannst uns aber auch einfach deine Meinung via Sprechblase mitteilen und eine Diskussion auf unserer Facebook-Plattform [facebook.com/wasistjetzt](https://www.facebook.com/wasistjetzt) starten.

Wie kannst du mitmachen? Hier gibt's alle Infos:  
[www.wasistjetzt.eu/](http://www.wasistjetzt.eu/)

1. Sprechblase downloaden, mit deiner Frage/Forderung an die EU beschriften und ein Foto von dir damit machen
2. Deine Daten und das Foto hochladen
3. Die Bestätigungs-Mail in deinem Postfach anklicken

## IMPRESSUM

### Medieninhaber und Herausgeber

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik  
(ZVR: 100552493)  
Rotenhausgasse 6/9  
1090 Wien  
Tel: +43 1 533 49 99  
E-Mail: [europa@oegfe.at](mailto:europa@oegfe.at)  
[www.oegfe.at](http://www.oegfe.at)

### Druck

Wograndl-Druck GmbH  
Druckweg 1  
7210 Mattersburg

### Fotos

Jugendarbeitslosigkeit: © Ronald Bloom/E+/Getty Images  
Mobilität: © Leonardo Patrizi/E+/Getty Images  
Krieg und Vertreibung: © Jodi Hilton/NurPhoto/NurPhoto/Corbis  
Frieden: © Sunny studio/Shutterstock.com

### Stand

August 2014  
© Copyright 2014

**EUROPA**

**was ist jetzt?**

Gibt's da drin auch  
mal Antworten?

Sag uns, was du denkst:  
[facebook.com/wasistjetzt](https://facebook.com/wasistjetzt)

**EUROPA #wasistjetzt**  
Begleitfolder zur Ausstellung

**Nähere Infos und Bestellmöglichkeit:**  
E-Mail: [europa.ausstellung@oegfe.at](mailto:europa.ausstellung@oegfe.at)  
Telefon: 01-533 49 99-21